

Pressemitteilung

21/09 – 8. September 2009

Studie des DIW zur Umsetzung des Konjunkturpaketes




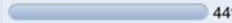

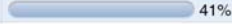
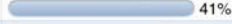
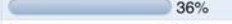
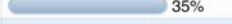


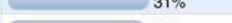




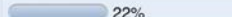
Konjunkturpaket: Bremen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen investieren am besten

Berlin – Bremen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen investieren die Mittel aus dem milliardenschweren Konjunkturpaket am besten in Projekte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Das ist das Ergebnis einer Studie von DIW econ im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Insgesamt sind nur 30 Prozent der gesamten Vorhaben von Bund, Ländern und Kommunen als Zukunftsinvestitionen zu werten. 70 Prozent der Mittel dienen lediglich der Bestandserhaltung.

Vor allem Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland und Brandenburg investieren überwiegend in die Bestandswahrung und bilden das Schlusstrio des Rankings. Ein Sonderfall ist Thüringen, das als einziges Bundesland Aussagen zu Art und Umfang der Investitionen verweigert. Vorbildlich in puncto Transparenz sind Bremen und Schleswig-Holstein. Noch sehr gute Noten gibt es für die Öffentlichkeitsarbeit von Rheinland-Pfalz, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Bundesländerranking Zukunftsinvestition.

Anteil der Zukunftsinvestitionen an den verfügbaren Investitionsmitteln.

| Rang | Bundesland | Anteil der Zukunftsinvestitionen* | Organisation der Mittelvergabe** | Budget nach Gesetz (Millionen Euro)*** | Nachvollziehbare Mittelverwendung**** | Öffentlichkeitsarbeit***** |
|------|---------------------------|---|----------------------------------|--|---------------------------------------|----------------------------|
| 1 | Bremen |  49% | mit Verwendungsvorgabe | 118 | 100% | 1 |
| 2 | Sachsen-Anhalt |  45% | Mischform | 475 | 89% | 2 |
| 3 | Nordrhein-Westfalen |  45% | ohne Verwendungsvorgabe | 2845 | 54% | 3+ |
| 4 | Baden-Württemberg |  44% | Mischform | 1650 | 100% | 4 |
| 5 | Schleswig-Holstein |  44% | mit Verwendungsvorgabe | 430 | 100% | 1 |
| 6 | Niedersachsen |  41% | Mischform | 1227 | 51% | 4+ |
| 7 | Bayern |  41% | mit Verwendungsvorgabe | 1902 | 88% | 2 |
| 8 | Hamburg |  36% | mit Verwendungsvorgabe | 306 | 100% | 2+ |
| 9 | Berlin |  35% | mit Verwendungsvorgabe | 632 | 100% | 1- |
| 10 | Rheinland-Pfalz |  32% | mit Verwendungsvorgabe | 625 | 97% | 1- |
| 11 | Sachsen |  31% | ohne Verwendungsvorgabe | 796 | 72% | 3 |
| 12 | Hessen |  31% | ohne Verwendungsvorgabe | 958 | 100% | 4 |
| | Deutschland gesamt |  30% | - | 23600 | 87% | - |
| 13 | Mecklenburg-Vorpommern |  25% | Mischform | 316 | 100% | 1- |
| 14 | Saarland |  23% | ohne Verwendungsvorgabe | 171 | 25% | 4- |
| 15 | Brandenburg |  22% | Mischform | 457 | 47% | 3+ |
| 16 | Thüringen | k.A. | k.A. | 424 | 0% | 5 |
| | Bund |  22% | - | 10300 | 100% | - |

- * Bezieht sich auf den Anteil der Zukunftsinvestitionen an den gesamten im Rahmen der Studie berücksichtigten kommunalen und landesbezogenen Investitionsmitteln je Bundesland.
- ** Mit /ohne Verwendungsvorgabe = Landesregierung macht Kommunen (über die Bestimmungen des Zukunftsinvestitionsgesetz hinaus) Vorgaben/keine Vorgaben, wie die Mittel eingesetzt werden müssen.
- *** Investitionsbudgets der Bundesländer gemäß Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) (25-prozentiger Eigenanteil der Länder enthalten).
- **** Bezieht sich auf den Anteil der bis zum Stichtag 21.08.2009 anhand von Vorgabenlisten oder Projektlisten nachvollziehbaren Investitionen an den Investitionsbudgets der Bundesländer gemäß ZuInvG. Es ist zu beachten, dass die Kommunen in manchen Bundesländern ihre Eigenanteile freiwillig erhöhen, so dass die Investitionssummen teilweise über dem im ZuInvG bestimmten Gesamtbudget liegen können.
- ***** Schulnoten von 1 (sehr gut) bis 5 (Mittelverwendung öffentlich nicht nachvollziehbar) für die Transparenz der Mittelvergabe der Bundesländer. Bewertet wird inwieweit die Mittelverwendung frühzeitig öffentlich und vollständig nachvollziehbar war sowie die Transparenz der Öffentlichkeitsarbeit.

DIW-Präsident Prof. Dr. Klaus Zimmermann bezeichnete die Investitionen im Rahmen des Konjunkturpakets als verschenkte Gelegenheit: „Die Chance zur Erhöhung des volkswirtschaftlichen Wachstums wurde nicht genutzt. Insbesondere die angekündigte Bildungsoffensive hat sich als regelrechte Mogelpackung erwiesen.“ Es würde kaum Geld für die Unterrichtsausstattung in die Hand genommen. Stattdessen wurden Reparaturen getätigt, die die Länder ohnehin durchführen müssten. „Geld für Gips statt Geld für Grips – das hat mit Zukunftsinvestition nichts zu tun.“

23,6 Milliarden Euro umfasst das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik. Es beinhaltet Maßnahmen auf Bundesebene in Höhe von 10,3 Milliarden, inklusive der 5 Milliarden Euro für die so genannte Abwrackprämie. Daneben stehen den Ländern 13,3 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen zur Verfügung. Die Mittel sollen einerseits die deutschen Unternehmen in der Wirtschaftskrise unterstützen, andererseits das langfristige Wachstumspotenzials der deutschen Volkswirtschaft zu erhöhen.

Für die Studie konnten 87% der insgesamt 23,6 Milliarden Euro nachvollzogen und bewertet werden. Die Analyse der Investitionen kann wie ein Beleg für funktionierenden Föderalismus gelesen werden: Die Länder investieren insgesamt nachhaltiger als der Bund. Das DIW-Bundesländerranking, das die Nachhaltigkeit der Investitionen, die Vergabemodalitäten sowie die Transparenz der Verfahren erfasst, offenbart aber auch deutliche Unterschiede bei den Investitionen. Nur sieben Bundesländer erreichen einen Anteil der Zukunftsinvestitionen von über 40% an den Gesamtausgaben.

Die Länder müssten zudem offener und transparenter die Verwendung der Mittel kommunizieren forderte der **Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Max A. Höfer**: „Die Steuerzahler haben das Recht zu erfahren, ob ihr Geld sinnvoll eingesetzt wird. Der Ausbau eines Sport-Schießzentrums für 5,5 Millionen Euro ist vollkommen inakzeptabel!“

Die DIW econ-Studie „Richtig investieren II“ knüpft unmittelbar an die Ergebnisse einer Vorgängerstudie (DIW econ 2009) an, die insgesamt sieben wichtige Aktionsfelder für öffentliche Investitionen zur Erhöhung des langfristigen Wachstumspotenzials aufzeigte und den konkreten Investitionsbedarf in Deutschland ermittelte. Vor diesem Hintergrund wurden die geplanten und getätigten Investitionsmaßnahmen der Konjunkturpakete einzelnen Aktionsfeldern zugeordnet und geprüft, ob sie langfristig wachstumsfördernd wirken.

Kontakt INSM: Bernd Schwang, schwang@insm.de, Tel: (0221) 4981-412

Rückfragen beantwortet auch der Autor der Studie:

Dr. Ferdinand Pavel, DIW econ,
Email: fpavel@diw-econ.de, Tel: 030-89789- 497

Die Studie „Richtig investieren II“ und die Präsentation zur Pressekonferenz erhalten Sie im Internet unter www.insm.de oder unter Telefon (0221) 4981-412.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist eine überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmen und Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze in Deutschland.
www.insm.de